

Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hg.)



DIE KRISE IN GRIECHENLAND



Ursprünge, Verlauf, Folgen

campus

Griechenland in der Europäischen Union

Andréas Stergiou¹

Einleitung

Seit dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat Griechenland von den europäischen Agrar- und dem Strukturfonds enorm profitiert,² obwohl es durch die starken wirtschaftlichen Verwerfungen seit 2009 eine negative Integrationsentwicklung im Vergleich zu den übrigen EU-Ländern erfuhr.³ Durch die Rettungspakete der letzten drei Jahre kamen noch insgesamt 237 Milliarden Euro hinzu (inklusive des IWF-Beitrages).⁴ Aufgrund dieser beachtlichen finanziellen Unterstützung könnte man erwarten, dass die EU in der Bevölkerung breite Akzeptanz und hohe Wertschätzung genießt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Kritik an der EU hat in den letzten Jahren in Griechenland an Breite und Tiefe gewonnen und ist teilweise sogar in Ablehnung umgeschlagen. Jedenfalls traten Europaskepsis und Anti-EU-Populismus immer stärker in den Vordergrund.

Ursachen für die dramatische Zunahme europakritischer Strömungen sind nicht nur die von der Troika oktroyierten Sparmaßnahmen, sondern auch eine durch die ausländische Presse gegenüber Griechenland lancier-

1 Der Verfasser möchte sich bei Werner Reuter für dessen Hilfe bedanken.

2 Griechenlands Beitrag zum EU-Etat belief sich auf eine Summe zwischen 0,26 Prozent im Jahr des Beitritts bis ungefähr 1,7 Prozent des BIP, während die Einnahmen sich durchschnittlich auf 2,5 Prozent beliefen. Vgl. Studie der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) im Auftrag der Griechischen Zentralbank über die EU-Subventionen und die griechische Wirtschaft, S. 72–81.

3 Bertelsmann Stiftung, 20 Jahre Binnenmarkt, S. 27–31.

4 Das erste Hilfspaket wurde im April 2010 beschlossen. Es umfasst insgesamt 107 Milliarden Euro, davon machen die Kreditbürgschaften der Europartner 77 Milliarden Euro aus und die direkten Kredite des IWF 30 Milliarden Euro. Das zweite Hilfspaket im Umfang von 130 Milliarden Euro wurde im Februar 2012 geschnürt. Für 102 Milliarden Euro bürgen die Europartner, während der IWF 28 Milliarden an Krediten zugesagt hat. Zu Einzelheiten vgl. den Beitrag von P. Kazakos.

te Diffamierungskampagne, die ohne historische Parallele ist und in deren Zuge Analysen und Ansichten kolportiert wurden, die der Realität widersprechen und das Ehrgefühl der meisten Griechen massiv verletzen.⁵ Hinzu kommt, dass die Sparauflagen und Reformen der Troika bislang nahezu ausschließlich diejenigen getroffen haben, die die Finanz- und Verschuldungskrise des Landes am wenigsten zu verantworten haben. Dagegen blieben die Machteliten – also bürgerliche Parteien- und Wirtschaftsoligarchie – von den Konsequenzen der getroffenen Maßnahmen weitgehend verschont. Doch genau diese oligarchischen Eliten waren es, die die Hauptschuld an der Misere des Landes tragen und die dann auf Troika und EU setzten, um Griechenland aus der Krise zu führen.

Eine kaum zu überschätzende zweite Ursache für den verbreiteten Euroskeptizismus ist die Unkenntnis der meisten Griechen über die EU. Der »Durchschnittsgriech« weiß nicht, was die EU ist, wie sie funktioniert oder welche Einflussmöglichkeiten innerhalb der Union bestehen. Diese Unwissenheit ist im Lauf der Jahre von der politischen Elite des Landes instrumentalisiert, vielfach sogar gefördert worden. Denn die Politiker konnten dadurch eigene Sünden und Fehler einem nie genau spezifizierten »Brüsseler Druck« zuschreiben. Aus diesem Grund verbreiteten sich seit Ausbruch der Krise die wildesten Verschwörungstheorien, die die kollektiven Vorstellungen über die EU nur noch mehr verzerrten. So hätten sich, so eine populäre Variante, EU und IWF gemeinsam als Ziel gesetzt, Griechenland wirtschaftlich zu ruinieren, um dessen vermeintlich ungeheuren Bodenschätze an sich zu reißen.

Ein beliebtes Ziel für Angriffe sind Deutschland und die Deutschen. Diese seien die hegemonialen Führer in der EU, Verursacher der Schuldenkrise Europas und die eigentlichen Nutznießer der Krise in den südeuropäischen Ländern. Handelsbilanzüberschüsse und die historisch niedrigen Zinsen, die Deutschland für aufgenommene Kredite gegenwärtig zahlen muss, würden dies nur zu deutlich belegen. Die Architektur der Eurozone und der EU sei lediglich auf die Bedürfnisse und Zielsetzungen des teutonischen Hegemon und der anderen exportstarken Staaten zugeschnitten. Dies sei genau die Architektur, mit der die Deutschen ihr »Viertes Reich« aufbauen und Europa beherrschen wollten.

Der dritte Grund für die europafeindliche Stimmung hängt mit der mittlerweile überwiegenden Meinung zusammen, dass Griechenland mit der Be-

⁵ Vgl. dazu den Beitrag von H. Bickes, T. Otten und L.C. Weymann.

wältigung der illegalen Einwanderung in die EU allein gelassen werde. Das Dubliner Abkommen von 1990 und die Dublin-II-Verordnung von 2003 waren in dieser Hinsicht von eminenter Bedeutung. Sie sollten sich für Griechenland als fatal erweisen. Denn als Folge des Afghanistan- und Irakkriegs, der andauernden politischen und ökonomischen Instabilität in Afrika und neuerdings des *Arabischen Frühlings* hat der Migrationsdruck auf die griechischen Grenzen in den vergangenen zehn Jahren massiv zugenommen. Zwar ist die Route über die Landgrenze zur Türkei durch den Bau eines Zaunes seit 2012 praktisch als Fluchtroute geschlossen, doch bleibt der Weg über die ostägäischen Inseln weiterhin das »Einfallstor nach Europa«, über das die Mehrheit der illegalen Zuwanderer in die EU strömt. Die EU hat sich hier im Wesentlichen auf die Position zurückgezogen, dass die Sicherung der Außengrenzen Sache des jeweiligen Mitgliedsstaates sei, in diesem Fall also Griechenlands.

Paradoxerweise fühlen sich die meisten Griechen trotz ihrer Ressentiments gegenüber der EU jedes Mal gekränkt und reagieren empört, wenn ein Politiker oder Ökonom für einen Austritt oder einen Rauswurf des Landes aus der Eurozone plädiert. Es ist das Anliegen dieses Aufsatzes, dieser Schizophrenie nachzugehen, die darin besteht, dass Griechenland die EU sowohl ablehnt als auch nach deren Anerkennung strebt.

Der Weg Griechenlands in die EG

Griechenlands Bemühungen um einen EWG-Beitritt in den 1950er Jahren sollten den prowestlichen Kurs des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützen. Die europäische Zollunion wurde damals als das geeignete Mittel betrachtet, um die Handelsbeziehungen Griechenlands zu seinen europäischen NATO-Partnern zu stärken und eine Isolierung des Landes in der westlich-marktwirtschaftlichen Welt zu verhindern. Gleichzeitig sollte mit dieser Politik aber auch der Weg für die allmähliche Beseitigung der überkommenen Strukturen der griechischen Wirtschaft und Staatsverwaltung geebnet werden. Seit der Reduzierung der US-Finanzhilfe ab 1953 war die griechische Wirtschaft einem enormen Druck ausgesetzt und trat in eine neue Phase ein. Das Hauptanliegen der Regierenden bestand nicht mehr darin, die griechische Wirtschaft funktionsfähig zu machen, sondern sie in das internationale ökonomische System zu überführen. Dass die griechische

Wirtschaft bis dahin noch nicht zusammengebrochen war, war lediglich auf die amerikanischen Gelder zurückzuführen, die bis etwa Mitte der fünfziger Jahre üppig nach Griechenland flossen. Durch die Assoziierung hoffte man, schnell Absatzmärkte für die griechischen Agrarprodukte finden zu können. Ferner versuchten die konservativen Nachkriegsregierungen unter Premierminister Konstantínos Karamanlís (1955–1963), durch die Europäisierung die starken antiwestlichen Tendenzen in einem großen Teil der griechischen Bevölkerung zu überwinden.⁶

Das Assoziierungsabkommen zwischen der damaligen EWG und Griechenland wurde am 9. Juli 1961 in Athen unterzeichnet und trat am 1. November 1962 in Kraft. Es war das erste Assoziierungsabkommen der EWG (es folgten die Türkei, Malta und Zypern). Die Assoziierung wurde als ein »Beitrittsvertrag im Kleinen« bezeichnet, da der Vertrag eine umfassende Anpassung der griechischen Wirtschaft an diejenige der anderen EWG-Länder vorsah. Der Vertrag enthielt einen umfangreichen und detaillierten Zielkatalog, der zu erfüllen war, ehe das Land Mitglied werden konnte. Es wurden zwei große Übergangsperioden von zwölf bzw. zwanzig Jahren bis zur vollständigen Zollunion festgelegt. Darüber hinaus enthielt der Vertrag Sonderregelungen für griechische Produkte, die einem erhöhten Konkurrenzdruck ausgesetzt waren; schließlich wurde Griechenland Entwicklungshilfe⁷ in Höhe von 125 Millionen Dollar über fünf Jahre gewährt.⁸

Die schrittweise, sich bis in die achtziger Jahre erstreckende Anpassung Griechenlands an die Regeln der EWG war eine Pioniertat auf dem Gebiet europäischer wirtschaftlicher Integration. Der Ausgangspunkt der Assoziierung, die Bildung einer Zollunion, schloss ein: den stufenweisen Abbau der Zölle für europäische Produkte, die Angleichung des griechischen Zolltarifs an den gemeinsamen Außentarif sowie die Aufstockung der Kontingente bis hin zur Beseitigung aller Handelsschranken zwischen Griechenland und der Gemeinschaft.⁹ Manche sahen in der Einbindung Griechenlands in den europäischen wirtschaftlichen Integrationsprozess den Versuch des Westens,

⁶ Kazakos, *Zwischen Staat und Markt*, S. 163–243.

⁷ Dazu gehörten insbesondere die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die schnelle Förderung unternehmerischer Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern der Gemeinschaft und Griechenland zur Schaffung einer starken Exporttätigkeit sowie die Harmonisierung der Agrar-, Handels-, Steuer- und Konjunkturpolitik, um Griechenlands Weg zur Vollmitgliedschaft in der EWG zu bahnen.

⁸ Botsiou, *Griechenlands Weg nach Europa*. S. 423–430.

⁹ Konstantinos Karamanlís Archiv, »Gespräche«, S. 170–173, und »Verhandlungen«, S. 206–208.

die starke Absatzabhängigkeit des Landes von den osteuropäischen Märkten zu vermindern, bestenfalls sogar abzulösen.¹⁰

Trotzdem kam die Harmonisierung der Agrar- und Handelspolitik, die eine Umstellungszeit von zwölf bis vierundzwanzig Jahren vorsah, bis 1967 nur langsam voran. Nach dem Militärputsch vom 21. April 1967 kündigte die EWG-Kommission zudem das Abkommen auf. Wegen des Putsches und der brutalen Übernahme der Regierung durch einige Militärs begrenzte die EWG die Anwendung des Abkommens auf die »laufenden Geschäfte«.¹¹

Auch die ökonomischen Wirkungen blieben hinter den Erwartungen zurück. So führte der Abbau der Handelsschranken in der ersten Phase der Assoziierung keineswegs dazu, dass Griechenland seine Ausfuhren in die Mitgliedsländer steigern konnte. Im Gegenteil: Die Ausfuhren verzeichneten sogar einen Rückgang. Die Zahlungsbilanz Griechenlands gegenüber der EWG war daher durch ein dauerhaftes Defizit charakterisiert, das sogar das griechische Gesamthandelsdefizit überstieg.¹²

In der Periode, die dem Sturz der Militärherrschaft und der gewaltsamen Teilung Zyperns im Sommer 1974 folgte, dominierte auf der linken Seite des politischen Spektrums eine radikale, antiimperialistische und antikapitalistische Rhetorik, die das kollektive Misstrauen gegenüber »dem Westen« erneut befeuerte. Gewiss trug dazu auch der Austritt Griechenlands aus dem militärischen Teil der NATO im August 1974 infolge der türkischen Invasion bei. Dies wirkte sich auch auf das Verhältnis Griechenlands zu den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaften aus, weil die meisten EWG-Länder der NATO angehörten.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1974 stellte sich erneut die Frage nach der vollständigen Integration des Landes in die EWG. Denn bereits am 30. August 1974, also einen Monat nachdem die Militärs in ihre Kasernen zurückgekehrt waren, empfahl die EWG-Kommission dem Ministerrat die Wiederbelebung des Assoziierungsabkommens mit Griechenland. Am 17. September 1974 bestätigte der Ministerrat schließlich seine Entschlossenheit, den Assoziierungsprozess wieder in Gang zu setzen.¹³

Griechenlands 1975 gestellter Antrag auf volle Mitgliedschaft in den damaligen Europäischen Gemeinschaften stieß jedoch zuerst auf Ablehnung. Die EG-Kommission riet im Januar 1976 von einer schnellen Aufnahme ab:

¹⁰ Fink, Die Zahlungsbilanzsituation, S. 130.

¹¹ Buck, Griechenland und die EG, S. 41–45.

¹² Sapounas, Entwicklung des Agrarsektors, S. 24–25.

¹³ Griechisches Außenministerium, *Griechenland in der EWG*, S. 19–21.

Griechenlands Wirtschaft sei landwirtschaftlich geprägt, nicht konkurrenzfähig und leide unter hoher Inflation, Arbeitslosigkeit und einem Handelsdefizit. Dennoch wurde Griechenland nach langwierigen Verhandlungen und primär aus politischen Gründen am 1. Januar 1981 zehntes EG-Mitglied.¹⁴

Griechenland als Mitglied der EG¹⁵

Genau wie die anderen südosteuropäischen Staaten musste Griechenland in den achtziger Jahren eine dreifache Transformation bewerkstelligen: Politisch erfolgte eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, ökonomisch die Einführung der Marktwirtschaft und gesellschaftlich eine Hinwendung zu Pluralismus und zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Allerdings wurde diese Transformation von Staat und Gesellschaft in allen drei Dimensionen nur unvollständig vollzogen.¹⁶

Mit dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften 1981 eröffneten sich der griechischen Wirtschaft neue Möglichkeiten, die jedoch mangelhaft genutzt wurden. Misswirtschaft und Ineffizienz prägten die von staatlichen Unternehmen beherrschte Industrielandschaft. Die Folge waren eine zweistellige Inflationsrate und ein ständig steigendes Haushaltsdefizit. Während Griechenlands Staatsverschuldung 1981 nur knapp 30 Prozent des BIP betrug, hatte es 1990 – also innerhalb von zehn Jahren – 80 Prozent erreicht.

Schon der EWG-Beitritt hatte weitreichende wirtschaftliche Folgen, die sich aus der institutionellen und wirtschaftlichen Struktur der Europäischen Gemeinschaft ergaben. Griechenland erlebte nach dem Beitritt zur Zollunion und dem dadurch bedingten Abbau von Zöllen eine enorme Importwelle aus den exportstärkeren Ländern der EWG. Allein im ersten Jahr des Beitritts (1981) stieg das Handelsbilanzdefizit Griechenlands um 86,6 Prozent, und seitdem war für Griechenland der Saldo zwischen Einfuhren und Aus-

¹⁴ Theodoropoulos, *Endrunde*, S. 43–44.

¹⁵ Der Gebrauch der Bezeichnungen EWG, EG und EU mag für den Laien etwas verwirrend sein. Die Abfolge ist folgendermaßen: EWG 1958–1992, EG 1992–2007, seitdem EU. Seit dem Fusionsvertrag von 1967, in dem die Exekutivorgane der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG und Euratom) zusammengelegt wurden, spricht man bis 1992 von der EG als den Europäischen Gemeinschaften, also im Plural; sie bestehen aber auch einzeln unter ihrer alten Bezeichnung fort. Durch den Maastricht-Vertrag wurde 1992 die Europäische Gemeinschaft (EG, im Singular) geschaffen.

¹⁶ Axt, *Populismus*, S. 40.

führen im Verhältnis zu den Ländern der EWG/EU jedes Jahr negativ. Die niedrigen Lohnkosten in Griechenland zogen dabei – anders als in Spanien und Portugal, die 1986 der EWG beitraten – keineswegs die erhofften ausländischen Investitionen ins Land. Die überbordende Bürokratie und die Korruption waren zweifellos die wichtigsten Gründe dafür, warum internationale Investoren Griechenland mieden. Auch die Finanztransfers aus den Regional-, Struktur- und Agrarfonds der EG und später der EU trugen wenig zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bei, sodass die bestehende Wettbewerbslücke zu den exportorientierten europäischen Ländern nicht geschlossen werden konnte.¹⁷ Auch in diesem Bereich waren planerische Inkompetenz und Veruntreuung von Geldern ursächlich für Fehlentwicklungen in der griechischen Wirtschaft, die zu keinem Zeitpunkt und in keinem Bereich mit anderen europäischen Ländern wirklich konkurrenzfähig war.

Eine schwerwiegende Folge des EG-Beitritts war das wirtschaftspolitische Muster, dem seitdem alle Regierungen mehr oder weniger folgten. Die sogenannte reale Ökonomie sollte durch Stärkung des Systems von Staatsfirmen und durch Ankurbelung des privaten Konsums Wachstumsimpulse erhalten. Die Reallöhne wurden ungeachtet der Produktivität erhöht und zum größten Teil durch neue Schulden finanziert. Dabei wurden nach der bewährten klientelpolitischen Logik der öffentliche Dienst mit neuen Beamten und die Staatsfirmen mit neuen Angestellten und Arbeitern aufgebläht, ohne dass sich dies in entsprechenden ökonomischen Erfolgen manifestiert hätte.¹⁸ Die eingestellten Beamten wurden jedoch nicht eingesetzt, um den Staatsapparat effektiver zu machen. Wichtige Stellen, insbesondere in der Provinz, blieben unbesetzt, während manche Athener Behörden überflüssiges Personal bekamen.

Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen prägten zugleich die politische Kultur des Landes. Griechenland war kaum den Europäischen Gemeinschaften beigetreten, als im Herbst 1981 die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASÓK) die Parlamentswahlen gewann und die Regierung übernahm. Mit den Slogans *Wandel, Griechenland den Griechen, EG und NATO – die gleiche Bande* hatte die PASÓK an all jene appelliert, die sich »von ausländischen Mächten« gegängelt fühlten und von politischer wie sozialer Teilhabe ausgeschlossen sahen. Diese kunstvoll kombinierten Parolen vereinten klassische sozialistische und nationalistische Elemente. Forderungen

¹⁷ Paraskevopoulos/Getimis/Demetropoulou, Kohäsionspolitik.

¹⁸ Pagoulatos, Economic Adjustment.

wie der sofortige Austritt Griechenlands aus der NATO und aus der Europäischen Gemeinschaft ohne gleichzeitigen Eintritt in den Warschauer Pakt halfen Andréas Papandréou, sich den Wertvorstellungen und dem traditionellen Milieu des Kleinbürgertums anzunähern und den bürgerlichen Parteien Wähler abspenstig zu machen.¹⁹

Doch diese und viele andere Wahlversprechen, durch die der Sozialismus in Griechenland verwirklicht werden sollte, löste Papandréou nie ein. Nicht die Politik Griechenlands wurde einem Wandel unterzogen, sondern die ursprünglichen Vorstellungen Papandréous veränderten sich. Er erkannte schnell, dass die Überweisungen der Europäischen Gemeinschaft ihm helfen könnten, einen eigenen Klientelapparat aufzubauen. Ferner ermöglichte die griechische Präsenz in der EG die Aufnahme von Krediten, mit denen Papandréou soziale Wohltaten finanzieren konnte. Mit dialektischer Akrobatik wurde deshalb der Versuch unternommen, die EG-Mitgliedschaft als »notwendiges Übel« darzustellen, weil sie den wirtschaftlichen Interessen Griechenlands diene. Die griechische Europapolitik war darauf gerichtet, das Gewicht Griechenlands in den Organen der EG zu stärken, um eigene Interessen durchzusetzen. Einige spektakuläre, symbolträchtige Akte sollten diese Strategie glaubhaft machen.

Die griechische Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1983 und ihr abschließender Gipfel in Athen im Dezember 1983 gelten noch heute als Tiefpunkte des europäischen Integrationsprozesses. Auf dem Gipfel wurden nicht nur keine Entscheidungen getroffen, es wurde nicht einmal eine Abschlusserklärung verfasst. Auf dem Gipfel in Dublin 1984 verhinderte das griechische Veto den Beitritt der iberischen Staaten. Dieses Veto wurde erst nach der Verabschiedung der Integrierten Mittelmeer-Programme (IMP) zurückgezogen, die praktisch nichts anderes als ein langfristiger Kredit der Gemeinschaft an Griechenland waren. Gleichzeitig trug Griechenland jedoch alle wichtigen EG-Beschlüsse dieser Periode mit, so etwa die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte.

Das Verhältnis der Griechen zur EG blieb auch Anfang der neunziger Jahre ambivalent. Bei den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht zeigte sich zwar die Regierung Mitsotákis aktiv, indem sie auf die Implementierung einer einheitlichen Verteidigungspolitik und auf die Errichtung des europäischen Kohäsionsfonds pochte, der eine weitere wichtige Zufuhr von EG/EU-Mitteln für Griechenland bedeutete. Doch die Tatsache, dass die Regie-

¹⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Th. Veremis.

rung aus einer Reihe von Gründen sehr unpopulär war, strahlte auch negativ auf das Bild aus, das die Bevölkerung von der EG hatte. Die Periode 1991 bis 1995 war außerdem von heftigen Auseinandersetzungen in der Außenpolitik zwischen Griechenland und seinen Partnern in der EG gekennzeichnet. Ausgangspunkt war die Art und Weise, wie die EG mit der Krise in Jugoslawien umging. Dazu trug auch der Vorfall um die Felsinsel Ímia im Januar 1996 bei, bei dem die EG-Diplomatie und die EG-Staaten untätig blieben, obwohl der Vorfall Griechenland und die Türkei an den Rand eines Krieges brachte. Zutreffend wurde festgestellt,²⁰ dass die Reaktion der EG nicht gerade rühmlich war angesichts der Tatsache, dass zum ersten Mal in der Geschichte der EG ein Stück Unionsterritorium (nämlich die Insel Ímia) von Soldaten eines Nichtmitgliedstaates (der Türkei) willkürlich besetzt worden war.

Griechenlands Kurs innerhalb der EG/EU veränderte sich ab Mitte der neunziger Jahre radikal. Sowohl die Regierungen als auch die öffentliche Meinung – mit Ausnahme der kommunistischen Linken – betrachteten das europäische Experiment immer positiver. Zudem wurden in den neunziger Jahren ernsthafte Bemühungen unternommen, die Position des Landes in der politischen und wirtschaftlichen Architektur der EU zu verbessern. Athen verfolgte zwei Ziele: Man wollte der Eurozone und der Westeuropäischen Union beitreten, um sich einen wirtschaftlichen, aber auch militärischen Vorteil in der griechisch-türkischen Konfrontation zu verschaffen. Sowohl die Konservativen als auch die darauf folgenden sozialistischen Regierungen begannen, Staatsausgaben zu streichen und erste Reformen einzuleiten, um die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Das Staatsdefizit schmolz langsam, und die Inflation wurde resolut bekämpft, obwohl sich der griechische Staat ähnlich wie viele andere EU-Länder zur damaligen Zeit manchmal fragwürdiger Methoden bediente.²¹

In der Ära von Kóstas Simítis (1996–2004), der mit dem antieuropäischen Nationalismus von Papandréou brechen wollte und eine radikale Modernisierung der griechischen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben suchte,²² schienen sich sowohl die PASÓK als auch die griechische Gesellschaft von den ausgeprägten antiwestlichen Klischeevorstellungen befreit zu haben. Auch politisch konnte sich Griechenland in der EU

20 Giakoumis, Griechenland, S. 73.

21 *Der Tagesspiegel*, 05.10.2004, »Schöne Statistik«.

22 Seine Vorstellungen zur Modernisierung Griechenlands legte Simítis in seinem Buch *Für eine starke Gesellschaft, Für ein starkes Griechenland* dar.

langsam vom Image des »Querulanten« befreien. Das Land steuerte in seinen Beziehungen zu den anderen europäischen Partnern einen Kurs, der sich zwar primär um die nationalen Probleme Griechenlands drehte, aber auch die Förderung Europas als eine gemeinsame Union zum Ziel hatte. Besonders die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde von Athen nachhaltig unterstützt.²³

Gegen Mitte der 1990er Jahre wandelte sich auch Griechenlands Haltung gegenüber der Türkei. Bis dahin hatte Athen versucht, die EU bei der Verfolgung nationaler Interessen gegen die Türkei zu instrumentalisieren. Dadurch konnten sich viele europäische Staaten, die selbst eine antitürkische Haltung hatten, bedeckt halten, und Griechenland verlor wichtiges politisches Kapital. Der neue Kurs Griechenlands gegenüber der Türkei ging davon aus, dass eine Türkei, die eine reelle Perspektive zur Aufnahme in die EU geboten würde, eher ein verlässlicher und kalkulierbarer Partner werde, weil sie sich Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und das Prinzip der guten Nachbarschaft zu eigen machen müsste. Der von Athen befürwortete Beschluss des Europäischen Rates von Helsinki im Dezember 1999, der Türkei bei Erfüllung bestimmter Kriterien den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen, weckte zunächst Hoffnungen auf eine Beilegung des Ägäiskonflikts²⁴ und des Zypernproblems. Der EU-Gipfel von Helsinki hatte nämlich erreicht, dass viele strittige Fragen des griechisch-türkischen Konflikts in den Dialog und in die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei aufgenommen wurden (Paragraph 4 der Schlussfolgerungen des Gipfels). Wegen der türkischen Intransigenz sind jedoch bislang keine Verbesserungen zu verzeichnen; Griechenland bleibt gleichwohl nach wie vor ein entschiedener Befürworter der Heranführung der Türkei an die EU.

Am 1. Januar 2000 wurde Griechenland Mitglied des Schengener Abkommens, nachdem es seit 1992 schon zweimal wegen mangelnder Grenzsicherung abgewiesen worden war. Die Konvergenzpolitik führte in Griechenland zwar zu beachtlichen Stabilisierungserfolgen, doch nahm das Land nur sporadisch und begrenzt Reformen vor. Die Regierungen bekämpften die hohe Inflation zunächst, indem sie die Unternehmer durch Gespräche zu mehr »Preisdisziplin« bewegten. Auch die Haushaltsdefizite wurden reduziert, hauptsächlich durch eine starke Erhöhung der Steuereinnahmen, die auf die Reorganisation der Finanzämter und die Bekämpfung der Steuerhin-

²³ Ioakimidis, Griechenlands Präsenz.

²⁴ Siehe dazu den Beitrag von Valinakis und Serbos.

terziehung zurückzuführen war. Auch eine auf Verminderung der Zinssätze ausgerichtete Geldpolitik, die interne durch externe Schuldenaufnahme ersetzte, trug dazu bei.²⁵ Die Stabilitätspolitik wurde noch bis Mitte 1998 von den äußeren ökonomischen Bedingungen begünstigt.²⁶

Doch an den strukturellen Wirtschaftsproblemen des Landes – wie der verbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft, der ineffizienten öffentlichen Verwaltung, der privilegierten Steuerbehandlung ganzer gesellschaftlicher Gruppen und Berufszünfte, an der Steuerfreiheit der Reichen und an der Steuerhinterziehung – änderte sich wenig. Die überfällige Reform der Sozialversicherung blieb stecken. Die Zuschüsse aus EU-Fonds, die Griechenland erhielt, um seine Infrastruktur zu modernisieren, um in wettbewerbsfähige Technologien zu investieren und die Weichen für nachhaltige Wachstumsentwicklung zu stellen, was die Wettbewerbsfähigkeit hätte verbessern können, wurden zum großen Teil für unproduktive Zwecke verwendet oder verschwanden in den Taschen der politischen und wirtschaftlichen Oligarchie. Die Subventionen und generell der Kapitalzufluss veranlassten außerdem viele Unternehmer, ihre Betriebe zu schließen und stattdessen Importunternehmen zu gründen, weil damit offenbar schneller und leichter Geld zu verdienen war.²⁷

In der Amtszeit von Simitis und der seines Nachfolgers Karamanlis avancierten Bereicherung und exzessiver Konsum plötzlich zu unumstößlichen Normen des sozialen Erfolgs, wovon die Hersteller von Luxusfahrzeugen massiv profitierten. Die Folgen dieser Schiefelage waren am Außenhandelsdefizit abzulesen, das immer mehr wuchs.

Die Aufnahme Griechenlands in die EG hat die alles durchdringenden klientelistischen Netzwerke zwischen der Staatsbürokratie und bestimmten sozioökonomischen Interessengruppen nicht auflösen können. Alle politischen Parteien in Griechenland haben die Erhaltung ihrer politischen Macht weiter auf die Verteilung von Wohltaten gestützt, die nun größtenteils aus EU-Mitteln stammten. Diese Praxis produzierte all die negativen Entwicklungen, die einen exzessiven Konsum unterstützten und einen hedonistischen Individualismus begünstigten. Zudem wurde die Wirtschaftsoligarchie durch den Beitritt zur Eurozone mit einem Schlag die Beschränkung durch ihre extrem abgewertete Landeswährung los; der harte Euro eröffnete

²⁵ Siehe dazu den Beitrag von Giannitsis.

²⁶ Kazakos, Stabilisierung ohne Reform.

²⁷ Vgl. das Interview von Michalis Chrysochoidis, jahrelang Minister für Wirtschaft und Entwicklung, in der FAZ vom 09.02.2012.

überaus günstige Refinanzierungsmöglichkeiten. Durchaus folgerichtig waren denn auch eine eng beschränkte Anzahl von Familienclans Hauptprofiteure des darauf folgenden Eurobooms.²⁸

Der Vorwurf jedoch, allein Griechenland habe seine Partner mit falschen Statistiken betrogen, um sich den Eurobeitritt zu erschleichen, ist übertrieben. Zwar gingen die Griechen mit offiziellen Zahlen bezüglich der Konvergenzkriterien nicht immer korrekt um. Dies war damals aber, wie wir heute wissen,²⁹ eine bei vielen Regierungen in Europa beliebte Praxis. Anfangs hielten sie sich an die Abmachung, doch kurz nach der Jahrtausendwende rutschten die Haushalte zahlreicher Länder immer tiefer in die roten Zahlen. Auch die beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone, Deutschland und Frankreich, verstießen mehrere Jahre in Folge gegen die Vorgaben des Stabilitätspakts.

Griechenlands Beitritt zur Eurozone am 1. Januar 2001 ermöglichte den griechischen Regierungen zum ersten Mal, auf dem internationalen Kapitalmarkt Kredite zu günstigen Zinsen aufzunehmen. Davor musste Griechenland viel, viel höhere Zinsen für Kredite aufbringen. Unter dem Schirm der Eurozone und mit den Garantien der Europäischen Zentralbank konnte der griechische Staat erstmalig langfristige zinsgünstige Anleihen aufnehmen und die Tilgung der Schulden in die Zukunft schieben.³⁰

Genau damit begann die griechische Tragödie. Denn die konservativen und sozialistischen Regierungen, die im darauffolgenden Jahrzehnt an der Macht waren, setzten dieses Geld nicht investiv ein, etwa um die Produktionsstrukturen zu modernisieren, wodurch sich ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum hätte ergeben können. Vielmehr wurden die Kredite konsumtiv genutzt, das heißt zur Vergrößerung des Staatsapparats und zur Einstellung von neuen Beamten oder für Projekte wie die Olympischen Spiele 2004 und den Kauf von unnötigen Waffen. Um neue Beamte einstellen zu können, wurden neue Behörden (Institute, Forschungszentren, Überwachungsdienste) ohne konkrete Aufgaben gegründet. Schlimmer noch, viele davon wurden mit exorbitanten Budgets ausgestattet. Da die Staatseinnahmen nicht ausreichten, um die alten Schulden zu bedienen, mussten immer neue Anleihen aufgenommen werden.

Auch die Banken profitierten von der erhöhten Geldzirkulation, weil auch sie von der Zentralbank nun Kredite zu günstigen Zinssätzen erhielten,

28 Giannakopoulos, Aspekte des »Sozialvertrages«.

29 *Der Spiegel* 49/2010, »Europa brennt«.

30 Argitis/Dafermos/Nikolaïdi, Staatsverschuldungskrise in Griechenland.

die sie unbegrenzt zu günstigen Bedingungen an Privatkunden weitergaben und so den privaten Konsum noch mehr ankurbelten. Da sich die griechische Wirtschaft in der Vergangenheit nicht auf den gemeinsamen europäischen Markt vorbereitet hatte und die überfälligen Reformen aufgeschoben worden waren, ging die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft weiter zurück. Dies ist allerdings bis zu einem gewissen Grad auch auf die Architektur der Eurozone zurückzuführen. Denn die Leistungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft kann – ebenso wie diejenige der portugiesischen und der spanischen – der Standortkonkurrenz innerhalb der Währungsunion und der durch die Verträge von Maastricht und Lissabon vorangetriebenen Deregulierung nicht standhalten, solange die Eurozone keine einheitliche Wirtschaftsunion ist.

Die griechischen Regierungen waren daher zugleich Täter und Opfer.³¹ Auch die Öffnung des Balkans und des osteuropäischen Raumes sowie die Eingliederung ehemaliger kommunistischer Länder in die EU hatten negative Folgen für Griechenland als Investitionsstandort. In diesen Ländern gab es ebenfalls geringe Steuersätze und niedrige Löhne, sodass sich die griechischen Produkte und Dienstleistungen auf dem europäischen und dem Weltmarkt einer neuen Konkurrenz ausgesetzt sahen. In der Folge änderten nicht nur europäische, sondern auch griechische Unternehmen ihre Strategien zugunsten des Standorts Griechenland und reduzierten die griechischen Exporte in den europäischen Binnenmarkt. So beseitigte der Wegfall der nationalen Währungssouveränität nicht nur die Möglichkeit, durch Währungsabwertungen Nachteile infolge hoher Löhne und Steuern zu kompensieren, sondern schuf für die griechische Nationalökonomie auch ein nicht aufzulösendes außenhandelspolitisches Dilemma.³²

Die globale Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 ausbrach, fiel mit dem Ende der Laufzeit der meisten Staatsanleihen zusammen, die Griechenland in den Jahren zuvor aufgenommen hatte. Faktisch war Griechenland daher im Jahr 2010 zahlungsunfähig. Die Schulden hatten immer mehr zugenommen, ohne dass sich jemand in Europa daran störte. Dabei war der marode Zustand der griechischen Staatsfinanzen allen, die es wissen wollten, längst bekannt. Denn vom privaten und staatlichen Konsum in Griechenland profitierten hauptsächlich die exportorientierten europäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder die Niederlande, die immer mehr Produk-

³¹ Stergiou, *Anatomie eines Niedergangs?*

³² Roth, *Griechenland*, S. 12–13.

te auf dem griechischen Markt absetzen konnten. Besonders das Rüstungsgeschäft sorgte für lukrative Gewinne. Mit einer Bevölkerung von gerade einmal elf Millionen Einwohnern zählte Griechenland zu den fünf größten Rüstungsimporturen der Welt. Dabei wurde der sogenannte *Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren* bewusst ignoriert, dessen Kriterium Nummer acht vorsieht, dass Rüstungsexporte mit der wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes vereinbar sein sollten.³³

Ab Mitte der 1990er Jahre zeigte sich Griechenland dezidiert europafreundlich. Athen folgte im Großen und Ganzen den politischen und ökonomischen Lokomotiven Europas und unterstützte alle deutsch-französischen Initiativen, etwa mit einem Nein zum Militäreinsatz im Irak. Aus diesem Grund war das politische Klima zwischen Griechenland und Ländern der sogenannten amerikafreundlichen, atlantischen Achse innerhalb der EU mehrfach sehr gespannt. Das Vereinigte Königreich vor allem ließ keine Chance verstreichen, um Griechenlands Positionen in der Zypernfrage und im Ägäiskonflikt zu unterlaufen.³⁴ Alle Regierungen befürworteten unumwunden das Ideal einer einheitlichen und zeitgleichen politischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Integration. Insbesondere das Ziel der Vertiefung der gemeinsamen Verteidigungspolitik wurde von Athen ins Auge gefasst, da man glaubte, sich dadurch die notwendigen Vorteile zu verschaffen, um die türkische militärische Überlegenheit kompensieren zu können. In diesem Kontext hat sich Athen intensiv um die Aufwertung der Rolle der *European Armaments Policy Council Working Group* (POLARM) bemüht. Dies war eine der Prioritäten der griechischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2003, während der die Gründung der *European Defence Agency* initiiert wurde.³⁵

Weiterhin sprach sich Athen konsequent für eine Institutionalisierung bzw. eine Vergemeinschaftung von EU-Politiken aus. Griechenland plädierte für einen weiteren Kompetenztransfer an die Organe der EU sowie für eine Verstärkung der sozialen Dimension der Union. Damit sollte es der EU ermöglicht werden, effektiv auf die komplexen politischen und wirtschaftlichen Probleme einer globalisierten Ökonomie reagieren zu können. Dazu forderte Griechenland eine europäische Beschäftigungspolitik. Außerdem trat Athen für eine weitgehende Einführung von qualifizierten Mehrheitsbe-

³³ Council Decision 94/942/CFSP of 19 December 1994 on the Joint Action Adopted by the Council on the Basis of Article J.3 of the Treaty on European Union Concerning the Control of Exports of Dual-use Goods.

³⁴ Vgl. Stergiou, Die britischen Basen.

³⁵ Karampekios, Greece and EDA.

schlüssen ein und widersetzte sich einer Einzelfallprüfung von Entscheidungen, wie es andere Staaten (zum Beispiel das Vereinigte Königreich) vertraten. Vor diesem Hintergrund sind alle griechischen Regierungen traditionell abgeneigt, der verstärkten Regierungskooperation zuzustimmen, weil dies als Versuch verstanden wird, ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu errichten.³⁶

Griechenlands Augenmerk innerhalb der EU ist in den letzten Jahren auf die EU-Migrationspolitik gerichtet. Schätzungen zufolge soll die Mehrheit der illegalen Einwanderer, die sich heute in Europa aufhalten, über die sogenannte östliche Mittelmeerroute, das heißt die griechisch-türkische Grenze oder über das Ägäische Meer, nach Europa eingedrungen sein. Von dort aus versuchen die Ankömmlinge, in andere EU-Länder weiterzureisen. Tausende sind beim Versuch, die EU über das Meer zu erreichen, ertrunken. Ihre ersten Anlaufziele sind die griechischen Inseln Sámos, Lésbos und Agathonísi, die direkt vor der türkischen Küste liegen. Menschenschmuggler verlangen von jedem Einwanderer circa 2.000–5.000 Euro, um diese mit einem Motorboot nach Griechenland zu bringen.³⁷

Gemäß dem Dublin-II-Abkommen von 2003 müssen die Flüchtlinge automatisch in diejenigen Länder zurückgeschickt werden, über deren Grenzen der Übertritt in die EU erfolgte. Dementsprechend sind sie für die Flüchtlinge auch verantwortlich. Aus diesem Grund bat der griechische Staat im Oktober 2010 die EU-Kommission, die sogenannten Soforteinsatzteams der EU-Grenzschutzagentur Frontex nach Griechenland zu schicken, damit sie die Landgrenze zur Türkei kontrollieren. Es war das erste Mal, dass ein Mitgliedstaat die Entsendung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke anforderte. Während der griechischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 war Athen bestrebt, die EU-Länder dazu zu bewegen, Griechenland mehr finanzielle Mittel und EU-Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen, damit die griechischen Behörden des Problems Herr werden können.³⁸

Nachdem im Jahr 2010 die Finanzkrise in Griechenland ausbrach, wurden – teils aus antigriechischen Ressentiments, teils aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus – viele Stimmen laut, die Griechenland aufforderten,

³⁶ Ioakimídis, Griechenlands Europapolitik.

³⁷ European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (FRONTEX), *Annual Risk Analysis 2012*, S. 4–5.

³⁸ Chatzistavrou, *Defying the Oracle?*, S. 8–9.

die Eurozone zu verlassen.³⁹ Griechenland wurde empfohlen, wieder eigenes Geld zu drucken und seine zukünftige Währung abzuwerten, um dadurch seine Exporte wettbewerbsfähiger zu machen. Dieses Szenario übersieht jedoch den niedrigen Stand der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in der EU, das auch schon vor Einführung des Euro auf dem europäischen und dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig war. Hinzu käme, dass durch die Abwertung einer neuen Währung Importe wesentlich teurer würden, in Teilen sogar unerschwinglich. Das würde den Lebensstandard der Bevölkerung drastisch senken und große Teile der Bevölkerung verarmen lassen. Darüber hinaus würde die Inflation in die Höhe getrieben. Allein diese Folgen würden ausreichen, um die wirtschaftliche Kapazität Griechenlands zugrunde zu richten. Die Staatsverschuldung würde sich außerdem dramatisch erhöhen, da Griechenlands Schulden überwiegend in Euro zu begleichen sind. Über Nacht wäre das Land damit zahlungsunfähig und zwar hauptsächlich gegenüber seinen EU-Partnern, die die meisten griechischen Wertpapiere gezeichnet haben.

Bei den Europawahlen von 2014 war die Zunahme europakritischer Tendenzen zu beobachten. Auslöser waren die von der Troika oktroyierten Sparmaßnahmen. Die europafeindlichste Partei, die offen rassistische Neonaziorganisation *Chrysi Avji*, war als lachender Dritter klarer Gewinner. Mit 9,4 Prozent hat sie es geschafft, seit den Parlamentswahlen von 2012 noch einmal drei Prozent hinzuzugewinnen, obwohl seit Monaten gegen die Partei wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird und der Parteichef sowie einige Abgeordnete in Untersuchungshaft sitzen. Ihre Resonanz hat sich über die ärmeren auch auf die luxuriösen Viertel der Großstädte ausgeweitet, während sie in den Wahllokalen der Bereitschaftspolizei zweitstärkste Partei wurde.

Die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Austeritätspolitik haben in Griechenland politische Artikulationen gefunden, die nicht nur die gemeinsame Wertebasis der EU infrage stellen, sondern die parlamentarische Demokratie schlechthin. Wenn sich am politischen und ökonomischen Status quo des Landes, der mit den herkömmlichen Parteien identifiziert wird, nichts ändert, könnte sich eine politisch explosive Situation entwickeln, in der die demokratische Ordnung nicht mehr garantiert wäre. Auch die unwahrscheinliche Möglichkeit eines Militärputsches wird von einigen nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall aber könnte die Verschlechterung der politischen

³⁹ Vgl. den Beitrag von K. Carstensen.

Situation bewirken, was viele seit Ausbruch der Krise aus wirtschaftlichen Überlegungen befürworten: das Land aus der EU hinauszukatapultieren.⁴⁰

Literatur

- Argitis, Georgios/Giannis Dafermos/Maria Nikolaidi, *Staatsverschuldungskrise in Griechenland: Gründe und Perspektiven*, Athen 2011 (in griechischer Sprache).
- Axt, Heinz Jürgen, »Vom Populismus zur Europäisierung: Erfahrungen mit Griechenland«, *Südosteuropa Mitteilungen*, Bd. 2 (2008), S. 38–55.
- Bertelsmann Stiftung, *20 Jahre Binnenmarkt. Wachstumseffekte der zunehmenden europäischen Integration* (2014).
- Botsiou, Konstantina, *Griechenlands Weg nach Europa. Von der Truman-Doktrin bis zur Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1947–1961*. Frankfurt am Main/Berlin 1999.
- Buck, Karl, *Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erwartungen und Probleme des Beitritts*, Bonn 1978.
- Chatzistavrou, Filippa, »Defying the Oracle? The 2014 Greek Presidency of the EU Council«, *European Policy Institutes Network*, Working Paper No. 36 (February 2014).
- European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (FRONTEX), *Annual Risk Analysis 2012*.
- Fink, Maria-Krisztina, »Die Zahlungsbilanzsituation Griechenlands«, in: Jens Meier und Johann Hawlowitsch (Hg.), *Die Außenwirtschaft Südosteuropas*, Köln 1970, S. 125–133.
- Giakoumis, Pantaleon, *Griechenland. Außen-, sicherheits- und europapolitische Aspekte*, Aachen 1997.
- Giannakopoulos, Angelos, »Aspekte des ‚Sozialvertrages‘ in Griechenland: Politischer Klientelismus und die Rolle von Korruption«, in: Bálint Balla (Hg.), *Korruption, soziales Vertrauen und politische Verwerfungen unter besonderer Berücksichtigung südosteuropäischer Gesellschaften*, Hamburg 2012, S. 113–134.
- Griechisches Außenministerium, Abteilung für Europäische Angelegenheiten (Hg.), *Griechenland in der EWG*, Athen 1980 (in griechischer Sprache).
- Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP), Studie über die EU-Subventionen und die griechische Wirtschaft (April 2014) (in griechischer Sprache).
- Ioakimidis, Panagiotis, *Griechenlands Präsenz im internationalen, europäischen und regionalen System*, Athen 2007 (in griechischer Sprache).

⁴⁰ Der Autor hat den Beitrag in deutscher Sprache verfasst.

- , »Griechenlands Europapolitik«, in: Giannis Valinakis (Hg.), *Griechische Außen- und Europapolitik*, Athen 2010, S. 223–231 (in griechischer Sprache).
- Karampekios, Nikolaos, *Greece and EDA: The Centrality of Domestic Considerations*, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELLAMEP), Working Paper No 40 (2014).
- Kazakos, Panos, *Stabilisierung ohne Reform. Konvergenz und Pfadabhängigkeit im Griechenland der 90er Jahre*, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn (2000).
- , *Zwischen Staat und Markt*, 6. Auflage, Athen 2006 (in griechischer Sprache).
- Konstantinos-Karamanlis-Archiv (Griechenlands Premierminister in den Jahren 1955–1963), Bd. 4., Konstantinos Karamanlis Foundation, Athen 1997 (in griechischer Sprache)
- Pagoulatos, George, »Economic Adjustment and Financial Reform: Greece's Europeanization and the Emergence of a Stabilization State«, in *South European Society & Politics*, Bd. 5, H. 2 (2000), S. 193–202.
- Paraskevopoulos, Christos/Panagiotis Getimis/Leda Demetropoulou, »Griechenland als Gegenstand europäischer Kohäsionspolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds«, in: Björn Egnert/Georgios Terizakis (Hg.), *Das Politische System Griechenlands*, Baden-Baden 2009, S. 229–246.
- Roth, Karl Heinz, *Griechenland: was tun? Eine Flugschrift*, Hamburg 2012.
- Sapounas, Georgios, *Entwicklung des Agrarsektors: Probleme und Perspektiven*. Agrarbank Griechenlands, Athen 1991 (in griechischer Sprache).
- Simitis, Kostas, *Für eine starke Gesellschaft, Für ein starkes Griechenland*, Athen 1995 (in griechischer Sprache).
- Stergiou, Andreas, »Die britischen Basen als Folge der unvollendeten Entkolonialisierung Zyperns«, *Hellenic Review of Political Science*, Bd. 36 (2010), S. 72–91 (in griechischer Sprache).
- , »Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 35–37, 2012, S. 42–48.
- Theodoropoulos, Vyron, »Verhandlungen in der Endrunde vor dem Beitritt«, in: Tomai Fotini (Hg.), *Griechenlands Beitrag zum Prozess der Europäischen Integration*, Athen 2006, S. 43–44 (in griechischer Sprache).